

Thomas Fiebig, Reimar Molitor,
Guido Nischwitz

**„Regionale Good
Practices“
- Q.U.E.R Quintessenz
und Erkenntnisse für die
Raumordnung“**

Ein Fachbeitrag im Rahmen des Wettbe-
werbes „Regionen der Zukunft“ des
Bundesamtes für Bauwesen und Raum-
ordnung (BBR)

Diskussionspapier des IÖW 51/01

Institut für
ökologische
Wirtschaftsforschung
gGmbH



Thomas Fiebig, Reimar Molitor, Guido Nischwitz
**„Regional Good Practices“ – Q.U.E.R.
Quintessenz und Erkenntnisse für die
Raumordnung**

Diskussionspapier des IÖW 51/01

Ein Fachbeitrag im Rahmen des Wettbewerbes „Regionen der Zukunft“ des
Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Berlin 2001

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH
(Institute for Ecological Economy Research)

Geschäftsstelle Berlin

Potsdamer Str. 105
D-10785 Berlin

Tel. +49.(0)30.884
594-0

Fax +49.(0)30.882 54
39

mailbox@ioew.de

<http://www.ioew.de>

Regionalbüro Nordrhein-
Westfalen

Völklingerstr. 9
D-42285 Wuppertal

Tel. +49 (0)202.80530

Fax +49 (0)202.83402

mailbox@wuppertal.ioew.de

Zusammenfassung

Die Studie „Regionale Good Practices einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung“ ist ein fachlicher Beitrag im Rahmen des Wettbewerbes „Regionen der Zukunft“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR). In diesem Zusammenhang hat das IÖW-Regionalbüro Nordrhein-Westfalen für ein Handbuch des BBR „Gute Beispiele einer nachhaltigen regionalen Raum- und Siedlungsentwicklung“ identifiziert.

Über exemplarischen Nutzen für die Praxis vor Ort hinaus offeriert die Studie einen raumordnerischen „Mehrwert“. Sie liefert im Rahmen einer Querbetrachtung wertvolle inhaltliche und organisatorische Aufschlüsse über den aktuellen „Charakter“ regionaler Entwicklung und nachhaltiger Raumentwicklung in Deutschland. In dem vorliegenden Diskussionspapier wurde für das BBR analysiert, welche Rückschlüsse aus der Querbetrachtung in Bezug auf eine proaktive, inhaltliche und organisatorische Etablierung einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung gezogen werden können.

Die Autoren

Thomas Fiebig ist Diplom-Geograph und freiberuflich bei DIGERUS in der Regional- und Stadtplanung tätig. Er ist in mehreren Projekten nachhaltiger Stadt- und Regionalentwicklung mit dem Monitoring und der Prozessbeobachtung betraut.

Dr. Reimar Molitor ist Diplom-Geograph, war wissenschaftlicher Mitarbeiter des IÖW-Forschungsfeldes „Regionale Wirtschaftspolitik/ Nachhaltige Regionalentwicklung“ und ist seit Anfang dieses Jahres bei der Regionale 2006 Agentur im Bergischen Städtedreieck für Regionalmanagement und Projektentwicklung zuständig.

Dr. Guido Nischwitz ist Diplom-Geograph. Studium an der Universität Bonn, 1992-1996 Mitarbeiter an der Universität Vechta, 1995 Promotion, 1996-1997 freier Mitarbeiter von ECON-Consult, Köln, seit 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter und seit 1999 Leiter des Forschungsfeldes „Regionale Wirtschaftspolitik/ Nachhaltige Regionalentwicklung“ des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung.

Kontakt: Guido Nischwitz, Tel. 0202/ 80530, E-mail: mailbox@wuppertal.ioew.de

Inhalt

Vorbemerkungen	1
1 Aufgabenstellung	2
2 Inhaltliche und instrumentelle Praxis nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung	4
2.1 Ausgangssituation	4
2.2 Operationalisierung von nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung	8
3 Wirkungen und Entwicklungen nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung	11
3.1 Potentielle Entwicklungspfade nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung	11
3.2 Folgen für Prozesse und Projekte nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung	13
3.2.1 Wettbewerb zwischen Konzeptionen und Instrumenten	13
3.2.2 Dauer von Prozessen und Projekten	14
3.2.3 Neue Zielgruppen	14
3.2.4 Kontroll- und Wirkungsanalyse	15
3.2.5 Konfliktsteuerung / -management	14
3.3 Wirkungen und Folgen für wichtige traditionelle Planungs- und Politikbereiche	17
3.3.1 Regionalplanung	17
3.3.2 Fachplanungen	16
3.3.3 Regionalpolitik	19
3.4 Anmerkungen für das BBR	18
4 Literatur und verwendete Quellen	23

Abbildungen

Abb. 1: Schichtenmodell der Planungsphasen in Deutschland	12
Abb. 2: Aufgaben der Raum- und Stadtplanung in Prozessen und Projekten nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung	16
Abb. 3: Ebenen und Kernelemente nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung	21

Vorbemerkungen

Die Studie „Regionale Good Practices einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung“ ist ein fachlicher Beitrag im Rahmen des Wettbewerbes „Regionen der Zukunft“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Während eines Zeitraums von zehn Monaten (1998/99) hat das hiermit beauftragte Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)¹ 1.670 Projekte innerhalb der Bundesrepublik Deutschland erfasst. Hiervon antworteten 422 Projektträger im Rahmen einer Fragebogenaktion. Nach der Anwendung eines Kriterienfilters verblieben 308 Projekte, von denen nach intensiver Recherchearbeit wiederum 60 als *gute Beispiele* einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung auf regionaler Maßstabsebene identifiziert wurden.

Ziel der Präsentation dieser Projekte in Form des Handbuchs (BBR 2000, IÖW 1999c) ist es, v. a. die Seite der regionalen Akteure im Wettbewerb mit praxiserprobten Beispielen auszurüsten, die den Prozess einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung in den Regionen fördern und umsetzen sollen.

Über diesen Nutzen für die Praxis vor Ort hinaus (Stichwort „Lernende Regionen“) offeriert die Studie auf den zweiten Blick einen raumordnerischen „Mehrwert“: Sie liefert im Rahmen einer Querbetrachtung

- wertvolle inhaltliche und organisatorische Aufschlüsse über den aktuellen „Charakter“ regionaler Entwicklung und
- umsetzungsbezogene Muster der Interpretation des Paradigmas der Nachhaltigkeit in Regionen der Bundesrepublik Deutschland.

Jenseits der aus der Raumindividualität der Regionen resultierenden Heterogenität der Projekte lassen sich hieraus Rückschlüsse für verschiedenste Bereiche der Raumordnung und -planung ziehen.

Die 60 Projekte sind als Antworten auf bestehende dynamische räumliche Veränderungen anzusehen (BBR 2000, Handlungsfelder 1 bis 6). Sie lassen sich als eher reaktiv charakterisieren. Etliche Beispielprojekte haben jedoch durchaus das Potential, proaktive Ansätze regionaler Entwicklung zu induzieren (vgl. BBR 2000, Handlungsfeld 7: Rahmenkonzeptionen).

Nachhaltigkeit ist in diesem Zusammenhang seit 1992 innerhalb der Projekte von den regionalen Akteuren als prozessbeförderndes Element zunehmend genutzt worden. Die Orientierung auf die Debatte um Nachhaltigkeit erfolgte sowohl in den inhaltlichen Themenfeldern als auch in den organisatorischen Fragestellungen. Inhaltlich ist besonders das Merkmal der Transsektoralität (Raum als holistisches Konstrukt) hervorzuheben. Organisatorisch sind die Merkmale der Diskursivität in der Entscheidungsfindung und der Erweiterung des Partizipationsbegriffes anzuführen. Darüber hinaus darf nicht ver-

¹ IÖW, Regionalbüro Nordrhein-Westfalen in Wuppertal.

schwiegen werden, dass ein Großteil der Projekte ohne die finanzielle Unterstützung aus der entsprechenden Förderkulisse nicht existieren würde (BBR 2000, 165).

Vor diesem Hintergrund wird nachfolgend versucht, „zwischen den Zeilen“ der reinen Projektbeschreibungen zu analysieren, welche Rückschlüsse in Bezug auf eine proaktive, inhaltliche und organisatorische Etablierung einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung aus der Studie gezogen werden können.

1 Aufgabenstellung

Kooperative Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozesse sind seit einigen Jahren nicht nur Gegenstand von Diskussionen und Vorträgen, sondern in aller Munde der planungs(wissenschaftlichen) Community. Sie sind i. d. R. Bestandteil der vielfältigen, erfolgreichen Beispiele guter Praxis nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung. Dies unterstreicht die Forschungsergebnisse des Handbuchs „Regionale Good Practices einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung“ (BBR 2000).

Die bereits über einen längeren Zeitraum laufende Diskussion zur Anpassung und Modifikation der Planungsziele und -instrumente in Bezug auf die erweiterten Anforderungen einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung scheinen sich nunmehr in der Realisierungsphase zu befinden. Zeitgleich wird dadurch die Umsetzung der Zielkomplexe einer nachhaltigen Entwicklung zur zentralen Aufgabe der raum- und planungswissenschaftlichen Einrichtungen.

An exponierter Stelle - mit dem Aufgaben- und Tätigkeitsbereich der Politikberatung des für diese Fragen zuständigen Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesens (BMVBW) - steht das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Dem BBR kommt national und international eine zentrale Rolle zu, eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung inhaltlich zu fokussieren und zu fördern².

Den inhaltlich-thematischen Rahmen geben dabei die Ressortbereiche des BBR vor (BBR 1999): Das BBR ist zuständig für die fachlich-wissenschaftliche Beratung des BMVBW in den Bereichen:

Abteilung I: Raumordnung und Städtebau

Abteilung II: Bauen, Wohnen und Architektur.

Abteilung II besitzt ihren Schwerpunkt in baugestalterischen, -ökonomischen und -technischen Grundfragen und Praxis. Die mit diesem Diskussions- und Arbeitspapier verbundenen Aufgabenbereiche liegen in der Abteilung I. Sie ist mit den Themen Raumentwicklung, Stadtentwicklung, Städtebau, Wirtschaft, Verkehr, Umwelt u. a. sehr querschnittsorientiert ausgerichtet. In diesen Zusammenhang stehen auch die referatsübergreifenden Projektgruppen zur Vorbereitung der Weltkonferenz zur Zukunft der Städte

² Das BBR ist z. B. nationaler focal point im Rahmen der Europäischen Raumordnungskonzept - EUREK.

„URBAN 21“, zur Untersuchung der Raumwirksamkeit von Fördermitteln und zur Durchführung des Wettbewerbs „Regionen der Zukunft“.

Der mit dem Handbuch verbundene Themenkomplex der nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung ist dabei bisher v. a. in dem raumordnungspolitischen Aktionsprogramm des BBR „Modellvorhaben der Raumordnung“ und dem ExWoSt-Forschungsfeld „Städte der Zukunft“ verortet. Mit den sich ergebenden neuen inhaltlich-thematischen Zuschnitten der Projekte und Prozesse nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung sind alle o. g. Tätigkeitsbereiche der Abteilung I des BBR berührt.

„Regionale Good Practices – Q.U.E.R.“ soll Erkenntnisse für die zukünftige Ausrichtung der Raumordnung im Themenfeld „Nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung“ unterbreiten. Darüber hinaus erfolgt eine Betrachtung der in den „Good Practices“ Beispielen und in weiteren neueren Ansätzen eingesetzten raum- bzw. regionalplanerischen Instrumente im Hinblick auf deren Veränderungen und Modifizierungen.

In der Vergangenheit haben die Konfliktpotentiale räumlicher Nutzungsmuster exponentiell zugenommen. Die fortschreitenden Auswirkungen der großräumigen Arbeitsteilung bedingen dabei immer neue Überlagerungen und verursachen räumliche Nutzungskonflikte. Dies hat zum einen zur verstärkten, steuernden Intervention der Raumordnung und zum anderen zu einem umfassenden Regelungs- und Ordnungswerk geführt. Der Ansatz, eine Intervention und Steuerung entlang von sektoralen Bedürfnissen vorzunehmen, hat dabei zu einem Verlust transsektoraler Belange in der Raumordnung geführt. Erst seit Anfang der 90er Jahre, bemerkenswerterweise zeitgleich mit der inhaltlichen Fokussierung des Paradigmas der nachhaltigen Entwicklung, gewinnen transsektorale Konzepte und Instrumente mit Gestaltungsspielraum auf allen räumlichen Ebenen (Bund, Land, Region, Stadt) an Bedeutung (vgl. z. B. das EUREK, den Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen oder die Regionalkonferenzen).

Neue Ansätze der Raumordnung, die unter dem Titel der Nachhaltigkeit firmieren, sind vorrangig durch ihre inhaltliche und organisatorische Heterogenität und ihren experimentellen Charakter gekennzeichnet. Um von der „regulativen Idee“ hin zu einer Steuerung einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung zu gelangen, ist herauszuarbeiten, wie sich trotz der Vielzahl und Individualität der raumspezifischen Ansätze und Handlungsfelder, Konzepte und Instrumente steuern und flankieren lassen.

Die zu entwickelnden Vorschläge werden sich auf Erkenntnisse des Handbuchs und auf Erfahrungen und Ergebnisse weiterer, neuerer nationaler Ansätze der Regionalplanung und -entwicklung stützen (z. B. Regionale Agenda-21 Prozesse, Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park).

2 Inhaltliche und instrumentelle Praxis nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung

2.1 Ausgangssituation

Der Inhalt und der Einsatz raum- und regionalplanerischer sowie regionalpolitischer Instrumente wurde bis etwa Anfang der 90er Jahre im wesentlichen dadurch bestimmt, die Bedürfnisse von Menschen und Unternehmen auf verschiedenen räumlichen Ebenen effektiv zu befriedigen (besonders in der Wiederaufbauphase und nach der Wiedervereinigung). Dieses Vorgehen kann eher als „reaktiv“ charakterisiert werden (Adam 1995; Gatzweiler 1992; Selle 1995; Stiens 1992).

In den 90er Jahren zeichneten sich weitergehende wirtschaftliche, gesellschaftliche und technologische Veränderungs- und Anpassungsprozesse auf den verschiedensten räumlichen Ebenen ab (regional, national, europäisch, global). Diese scheinen mit den herkömmlichen inhaltlich-thematischen Zielsetzungen und den reaktiv ausgerichteten Instrumenten allein nicht mehr zu bewältigen zu sein. Es wird daher v.a. ein Planungsinstrumentarium mit proaktivem, perspektivischem Charakter als erfolgversprechend angesehen (Selle 1995).

Mit der Diskussion einer globalen und nationalen nachhaltigen Entwicklung ist zeitgleich ein neues, geeignetes Leitbildkonzept entstanden, das v. a. die Inhalte und Themenfelder einer zukünftigen Raum- und Siedlungsentwicklung formt und fördert.

- **Veränderungen der Ziele und Instrumente in der Raum- und Siedlungsentwicklung**

Die inhaltlich-thematische und instrumentelle Praxis der Umsetzung neuerer Ansätze der nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung zeichnet sich dabei v. a. durch eine ausgeprägte Heterogenität aus (BBR 2000, 161ff.).

Auf der inhaltlich-thematischen Seite lassen sich relativ schnell neue Strukturen und Schwerpunkte erkennen. Sie werden i. d. R. durch die Zusammenfassung herkömmlicher, traditioneller Themen- und Handlungsfelder in einem neuen Kontext gebildet (um nur die häufigsten und gebräuchlichsten zu nennen): Stoff- und Energieflüsse, Tourismus und Landwirtschaft oder Siedlungs- und Flächenentwicklung (siehe BBR 2000, 13ff.; Molitor 1999). Die bisherigen Grenzen zwischen den Handlungsfeldern lösen sich auf, und die Projekte erhalten einen transsektoralen Charakter („Neue Dächer“).

Dagegen werden die raum- bzw. regionalplanerischen Instrumente, seien es traditionelle oder neue Instrumente, sehr variabel und mit unterschiedlichem Wirkungsgrad eingesetzt. Bei den neuen Instrumenten geht es im wesentlichen um die Frage, wie „Dialog- und Kooperationsprozesse mit einer nachhaltigen Planung sowie anderen räumlichen Konzeptionen“ (IÖW 1999a, 5) verbunden werden können. Diese Variabilität ist ein Hinweis darauf, dass es gegenwärtig nicht mehr nur ein durchgängiges Planungsverständnis

nis, - konzept und –system gibt, sondern mit einem Nebeneinander von mehreren verschiedenen Ansätzen gearbeitet werden muss.

Grundkonsens einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung scheint dabei lediglich der Gansersche „perspektivische Inkrementalismus“ zu sein:

- Zielvorgaben werden nur noch als gesellschaftliche Grundwerte oder Leitbilder formuliert.
- Die Wirkungen, das Erreichte, werden an exemplarischen Einzelfällen bzw. „Gute-Praxis“-Beispielen belegt und aufgezeigt.
- Die Umsetzungsebene ist nicht mehr von „abstrakten“ Programmen oder Plänen bestimmt, sondern von Projekten, in denen alle entscheidenden Akteure mitwirken können (Selle 1995, 238).

Wenn an dieser Stelle von „neuen Instrumenten“ die Rede ist, dann sind darunter die folgenden Praxiselemente einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung zu verstehen:

- Diskursive und mediative Verfahren der Entscheidungsfindung (Zielfindungsgespräche, Konferenzen, Foren, „Runde Tische“, Zukunftswerkstätten, Agenda-21 Prozesse etc.)
- Kooperative Verfahren der Umsetzung (Netzwerke, Trägermodelle, Public-Private-Partnership, „Teamarbeit“, Joint Ventures, etc.)
- Ökologischere Ausrichtung des existierenden Planungssystems und -instrumentariums (Umweltverträglichkeitsprüfungen, Auditierungssysteme etc.)
- Informelle Zielformulierungen (Leitbilder, Konzepte, Absichtserklärungen von Regionalkonferenzen etc.)
- Entscheidungs- und Umsetzungsverfahren mit Konkurrenz-Elementen (Wettbewerbe, Werkstätten etc.).

Diese sicherlich nicht vollständige Übersicht deutet die Vielschichtigkeit der Methoden, Problemlagen, Wirkungszusammenhänge und Zielrichtungen an, die mit den neuen Instrumenten verbunden sind.

Es wird damit auch deutlich, dass eine Ausrichtung der raum- und regionalplanerischen Instrumente auf den Zielkomplex Nachhaltigkeit nicht mit der Ökologisierung der bestehenden Instrumente erledigt ist³ (BBR 2000, 143). Hiermit wird nur eine „Schiefelage“ in der Gewichtung der drei Zielbereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales der Matrix Nachhaltigkeit ausgeglichen. Dies bedeutet jedoch nicht ein neues, qualitativ bestimmtes Zusammenwirken und -spiel aller drei Zielbereiche.

³ Z. B. der Einbau von Umweltmanagementkonzepten, umweltökonomischen Untersuchungsmethoden, Berücksichtigung und Verwendung von Umweltbilanzen, Planung von vernetzten Strukturen von Schutzgebieten oder die Implementierung von Vorrang- bzw. Vorsorgegebieten.

Mit dem Einsatz neuer Instrumente in der Praxis ist auch eine Diskussion über ihre räumliche Bestimmung entstanden. Die traditionellen Instrumente wie Pläne und Programme waren eindeutig durch die gesetzlich vorgegebenen, administrativen Gültigkeitsbereiche definiert. Angesichts der Vielschichtigkeit der berücksichtigten Fragestellungen und der Vielfalt der beteiligten Akteure (s. Handbuch) muss für die neue instrumentelle Praxis ein Raumbezug immer wieder individuell bestimmt werden. Dabei ist die Suche nach den räumlichen Abgrenzungen v. a. mit Blick auf die Wirkungskontrolle der Projekte und das involvierte Akteursspektrum – „Wer macht mit“ – unerlässlich.

In der Mehrzahl der Projekte kristallisiert sich die regionale Ebene als die geeignete Raumdimension für die Projekte und Prozesse nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung heraus (Adam 1999; Mäding 1999). In der Region, so wird vermutet bzw. erwartet, lassen sich die drei Zieldimensionen der Nachhaltigkeit gut abbilden und Lösungen für neue inhaltlich-thematische Aufgaben finden (Böhm / Hilligardt 1999; Molitor 1998). Doch die Definition der Region gestaltet sich schwierig, und so bleiben die Strukturen zur Steuerung der Prozesse und Projekte eher auf einem unverbindlichen Niveau (Leitbild-diskussion, Leitprojekte, Arbeitskreise und Foren). Die räumliche Ebene der Region wird im Fortgang der Projekte u. U. neu und flexibel zugeschnitten (vgl. IÖW 1999a, 7). Dabei ist die Region jene räumliche Ebene, auf der sich die Akteure den Rahmenbedingungen „stellen“, sich davon emanzipieren, Gestaltungsmöglichkeiten nutzen und Verhaltensänderungen induzieren. Damit werden gleichzeitig dem eher passiven Charakter der traditionellen Instrumente „Pläne“ und „Programme“ abgeschworen.

Diese schleichende „Regionalisierung“ der neuen Instrumente darf nicht gleichbedeutend mit raumindividueller Beliebigkeit sein, was sie aber faktisch in Zeiten „Guter Beispiele“ zu werden droht. Vielfach wird Regionalisierung heute nur als räumliche Schwerpunktsetzung der Förderungspolitik und als Abkehr von administrativen, starren Plänen und Konzepten verstanden. Die neuen Instrumente sollen Entwicklungsprozesse implementieren helfen, die sich stärker selbst steuern. Regionalplanung (in diesem neuen Verständnis) greift nur noch als Moderator und Mediator ein, der die Interessen der Akteure und die Maßnahmen unter einem mehr oder minder offenen Leitbild koordiniert (Gatzweiler 1992, 138; Mehwald 1995, 25f.; Wiechmann 1998).

Mit den neuen Methoden ist keine formale Bindungswirkung der Leitvorstellungen, Grundsätze oder Ziele in der Raum- und Siedlungsentwicklung (z. B. der Raumordnungsgesetze des Bundes und der Länder) verbunden. In den neuen kooperativen Strukturen und Instrumenten setzen die Akteure den Katalog der Zielsetzung überwiegend selbst und dabei häufig losgelöst von bestehenden tradierten Steuerungsinstrumenten der Raumordnung. Inwiefern hierbei Konkurrenzverhältnisse zwischen Neuem und Bestehendem aufgebaut werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht eindeutig bestimmbar.

Neben der o. g. Neuabgrenzung der räumlichen Ebenen ist auch die Bestimmung der inhaltlich-thematischen Ausrichtung der Projekte und Prozesse einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung herauszustellen. Insbesondere kooperative Strukturen entstehen aus einem unmittelbaren Handlungsdruck, aus Problemlagen der Beteiligten und späteren Akteure (z. B. grenzüberschreitende Kooperationen, Zweckverbände, Betroffene vom Strukturwandel, Vereine, Bürgerinitiativen usw.). Dabei sollte nicht übersehen werden, dass es eine wichtige individuelle Motivation ist, mit dem Projekt herkömmliche öffentliche Förderungen zu erlangen und dass hierfür kooperative Strukturen erforderlich und notwendig sind. In den Prozessen und Projekten einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung fällt der hohe öffentliche Fördermittelanteil an der Finanzierung ins Auge⁴. Dabei kommt es zu einem deutlichen Einfluss des herkömmlichen Ressortdenkens und -handelns auf die inhaltlich-thematische Zielbestimmung der einzelnen Projekte. Wenn sich Fragen nach der Finanzierung stellen, werden bevorzugt die „Deckel“ genommen, die auf einen Fördertopf passen (vgl. hier die Erfahrungen der Zukunftsinitiativen in NRW: ZIN, ZIM und IBA; Gutschank 1997). Mit Blick auf das gesamte Projekt (oftmals werden nur Teilbereiche gefördert) besteht für die Träger die Gefahr, durch das Raster etablierter „öffentlicher“ Fördergrundsätze zu fallen.

Damit setzen sich die Projekte oftmals unter Druck, schnell „Nachhaltigkeits-Erfolge“ für Fördermittelgeber usw. produzieren und nachweisen zu wollen. Dies ist insbesondere in Handlungs- und Themenfeldern mit einer längeren Anlaufzeit bzw. Implementierungsphase „tödlich“. Bei diesem bestehenden Zeitdruck wird auf herkömmliche Untersuchungsmethoden und bereits vorhandene Projektansätze zurückgegriffen, ohne zu klären, ob sie auf die Problemstellungen der Akteure und ihrer Ziele passen. In dieser Vorgehensweise liegt auch die Gefahr, dass zwar instrumentell etwas Neues ausprobiert wird, aber inhaltlich-thematisch und organisatorisch nichts wirklich Innovatives im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung herauskommt.

Augenscheinlichstes Ergebnis der erfassten Projekte sind die Informations- und Lerneffekte der am Diskussions- und Moderationsprozess beteiligten Akteure (IÖW 2000\$, 141ff.; Pressedienste Lippe 1999). Gleichzeitig bietet der Einsatz neuer Instrumente, wie die IBA zeigt, die Chance zur Umsetzung von neuen Ideen außerhalb („im Schatten“) der bestehenden Planungs- und Verwaltungshierarchie. Entwicklungsstände in den neuen inhaltlich-thematischen Handlungsfeldern können mit einem „Sprung“ auf einen neuen Stand gebracht werden. Nicht die langsame, gleichsam evolutionäre Weiterentwicklung des alten in ein neues ökologisches, soziales und ökonomisches Zielsystem der Nachhaltigkeit hinein ist die Absicht⁵. Dies hat Folgen u. a. für die anzusetzende Dauer

⁴ Im Falle der IBA handelte es sich z. B. um einen Anteil von rd. 2/3 der eingesetzten Projektmittel (IBA Finale 1999). Erfahrungen mit traditionellen Instrumenten der Raum- und Siedlungsplanung zeigen einen deutlich höheren Anteil von privaten Mitteln, die durch die öffentlichen Mittel aktiviert werden (z. B. städtebauliche Sanierungsvorhaben, vorhabenbezogene Bauleitplanung, städtebauliche Verträge).

haltigkeit hinein ist die Absicht⁵. Dies hat Folgen u. a. für die anzusetzende Dauer und Fristigkeit von Projekten.

Es zeichnen sich also erste Elemente einer Operationalisierung der Nachhaltigkeit in der Raum- und Siedlungsentwicklung ab, die z. B. für den Transfer von Erfahrungen und Erkenntnissen auf neue Projekte eine wichtige Voraussetzung sind.

2.2 Operationalisierung von nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung

Eng mit den konzeptionellen Überlegungen verbunden ist der Anspruch der Operationalisierung und Umsetzung des Konzeptes Nachhaltigkeit. An dieser Stelle soll nicht die Diskussion über die Definition des Begriffes der Nachhaltigkeit weitergeführt werden. Wenn in den nachfolgenden Ausführungen von Nachhaltigkeit die Rede ist, dann als Konzept zur Gestaltung von Prozessen und Projekten der Raum- und Siedlungsentwicklung mit dem Anspruch, dass die drei Zieldimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales „gleichgewichtig“ und ausgewogen berücksichtigt werden. Dazu ist es erforderlich, dass die drei Zielbereiche in jedem Prozess und Projekt neu bestimmt werden: Was soll und kann auf jeder der drei Zieldimensionen erreicht werden?

Ein erster Schritt ist, dass neue Instrumente angewendet und ausprobiert werden. Es muss dafür in neuen Zeitdimensionen von Projekten gedacht werden (Kreibich 1994, 23ff.). Die bisher zu verzeichnende Beliebigkeit, die in der Vorstellung „Guter Beispiele“ liegt, ist im Bereich der Politikberatung nur in Ansätzen in anwendbare Konzepte zu kanalisieren. Dieses Vorgehen beeinflusst auch die Akzeptanz von Maßnahmen mit Ausrichtung auf Nachhaltigkeit: „Was ist heute nicht nachhaltig!“. Der zu beobachtenden konzeptionelle Unsicherheit versucht man mit sog. harten Faktoren, Evaluation und anderen Bestrebungen, Nachhaltigkeit messbar zu machen, zu begegnen. In der Diskussion wird Operationalisierung vornehmlich als die Umsetzung eines Messkonzeptes verstanden, in dem quantifizierbare Ziele auf den Grad ihrer Erfüllung hin untersucht und bewertet werden.

Die Hauptelemente sind dabei Öko-Bilanzen, Indikatorensysteme oder Budgetierungskonzepte (vgl. die Forschungsprojekte des BBR: „Städte der Zukunft“, „Regionen der Zukunft“, die Konzepte der OECD usw.; Born 1997; Diefenbacher 1997). Diese Konzepte haben alle das Ziel, eine (sinnvolle) Reduktion der Messdaten auf die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit zu erreichen.

Mit diesem Vorgehen sind aber die Schwierigkeiten einer Abbildung der ökologischen und sozialen Zieldimensionen nicht behoben. Die ökonomische Zieldimension ist in der Regel ein gut zu quantifizierender Bereich. Auf der anderen Seite beginnt sofort eine

⁵ Bei der IBA wurde der Einsatz der neuen Instrumente geschickt neben den der traditionellen Instrumente gestellt. Mit einer bestimmten Art von „Aktionismus“ wurden die Schwächen der herkömmlichen überwunden: Es wurden einfach die neuen Wege versucht und begangen.

Diskussion in den Wissenschaften, welche Indikatoren und Aggregationen von Daten die anderen beiden Dimensionen am besten abbilden. Was ist hier nachhaltig? Welche Grenzwerte sind anzuwenden?

Es entsteht in Bezug auf die Raum- und Siedlungsentwicklung eine zu starke Orientierung auf die Messbarkeit von Nachhaltigkeit. Vor dem Hintergrund des mit den Messkonzepten und den Indikatorenmodellen verbundenen Erhebungs- und Monitoringaufwandes wird sehr schnell auf das zurückgegriffen, „was bereits vorhanden und erhoben ist“. Betreibt man dies ausschließlich, wird faktisch eine Verwässerung von Ideen und Innovationen betrieben, da die drei Zieldimensionen nur auf das zurückgeführt werden, was mess- und quantifizierbar ist.

Nachhaltigkeit ist jedoch vor allem ein qualitatives Konzept. Dies bedeutet logischerweise auch den Einsatz von qualitativen Standards, Instrumenten und Kontrollverfahren (vgl. IÖW 2000\$; Kühn / Moss 1998). Vor diesem Hintergrund versucht die Raumordnung, mit einem gewissen Grad an „weichen“ und „unsicheren“ Ansätzen und Konzepten umzugehen. Diese Sachverhalte sind jedoch innerhalb der hierarchisch aufgebauten Planungsstrukturen der Bundesrepublik administrativ schwer handhabbar.

Die Projekte zeigen durchgängig wesentliche Elemente von sozialen, ökologischen und/oder ökonomischen Qualitäten in der Umsetzung. Diese Ansprüche lassen sich nur zum Teil sinnvoll in Zahlen, Grenzwerten usw. ausdrücken. Sie sind so auch nur zu einem Teil quantitativ zu beschreiben und zu bewerten (vgl. Kreibich 1994, 26f.). Qualitative Standards und Ansprüche, die in den Prozessen nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung gesetzt werden, sind nicht eine Frage der Größe der Projekte oder ihres räumlichen Zuschnitts. Auch komplexere Entwicklungskonzepte wie Städtennetze, Metropolregionen oder Verkehrskorridore im europäischen Maßstab lassen sich nicht ausschließlich quantitativ beschreiben und bewerten. Die größte Schwierigkeit besteht in der Operationalisierung der sozialen Zieldimension, weshalb dieser Bereich in vielen Projekten nur eine nachgeordnete Rolle spielt. Die ökologische oder ökonomische Zieldimension wird oft überbetont. Trotzdem soll auch in der Abbildung der sozialen Zieldimension eine Operationalisierung erreicht werden. In Indikatorensystemen führt dies i. d. R. dazu, dass die soziale Zieldimension mit der Arbeitsplatzthematik gleichgesetzt wird: „Wie viele Arbeitsplätze wurden geschaffen oder gesichert?“. Diese Darstellung ist sehr stark auf die Verknüpfung mit der ökonomischen Zieldimension abgestellt. Die Setzung der Zielgröße Arbeitsplätze besitzt ihren Vorteil darin, dass sie sich gut in die Projekte integrieren lässt (z. B. bei der Schaffung von regionalen Wirtschaftskreisläufen oder der Planung und Realisierung von Bauvorhaben usw.).

Eine stärkere Orientierung und Verdichtung auf der sozialen Zielebene bedeutet andererseits, dass es eine Einigung über soziale Grundvorstellungen und Zielwerte gibt über das, was als „soziale“ Zielsetzung anzusehen ist. Bei den stärker städtebaulich ausgerichteten Projekten ist die „soziale Frage“ in der Regel gut mit der Befriedigung von Wohnbedürfnissen von einzelnen Gruppen berücksichtigt. Dabei liegen die qualitativen Ansprüche deutlich auf der Hand; viele Projekte verfolgen z. B. das Ziel, Betroffene zu

Akteuren in Prozessen zu machen. Bei den stärker regional ausgerichteten Projekten ist die „soziale Frage“ aufgrund steigender Themenkomplexität und räumlicher Individualität wesentlich schwieriger zu katalogisieren. Die Beispielprojekte weisen allerdings auf die besondere Bedeutung der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zum Aufbau und zur Etablierung einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung und Beteiligung hin (BBR 2000, 171ff.).

3 Wirkungen und Entwicklungen nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung

Die zukünftige inhaltlich-thematische und instrumentelle Ausrichtung von Forschungs- und Umsetzungsfragen nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung lässt sich entlang von drei möglichen Entwicklungspfaden diskutieren.

3.1 Potentielle Entwicklungspfade nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung

- **„Alter Wein in neuen Schläuchen“**

Auf diesem Entwicklungspfad erfolgt lediglich die Überprüfung des bestehenden Instrumentariums auf Erfüllung der wichtigsten, zentralen Ansprüche nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung (s. o.). Das Vorgehen wird bestimmt durch die Integration von Nachhaltigkeitszielen in das bestehende Gerüst von Gesetzen, Verordnungen, Plansystemen und Planungsabläufen.

Diese Vorgehensweise besitzt den Charme, dass alle unmittelbar mit den bestehenden Instrumenten verbundenen und vertrauten Akteure sich ohne größere Komplikationen auf einen solchen Weg einigen könnten. Es handelt sich hierbei um eine „(nachhaltige) Modernisierung“ bzw. „Modifizierung“ der herkömmlichen Konzepte und Instrumente. Sie können aber nur in einem geringen Umfang den Anspruch auf abgestimmte Berücksichtigung der Zieldimensionen der Nachhaltigkeit bzw. auf Transsektoralität erfüllen. Die Akteure werden immer wieder an die mit ihren Ressortzuschnitten zusammenhängenden Zuständigkeits- und Kompetenzgrenzen stoßen und die Wirkungs- und Umsetzungspotentiale nachhaltiger Ziele und Instrumente nicht ausschöpfen können. Aus diesem Grund wird dieser Entwicklungspfad in den folgenden Ausführungen keine weitere Rolle spielen.

- **„Das Alte wird abgelöst durch das Neue“**

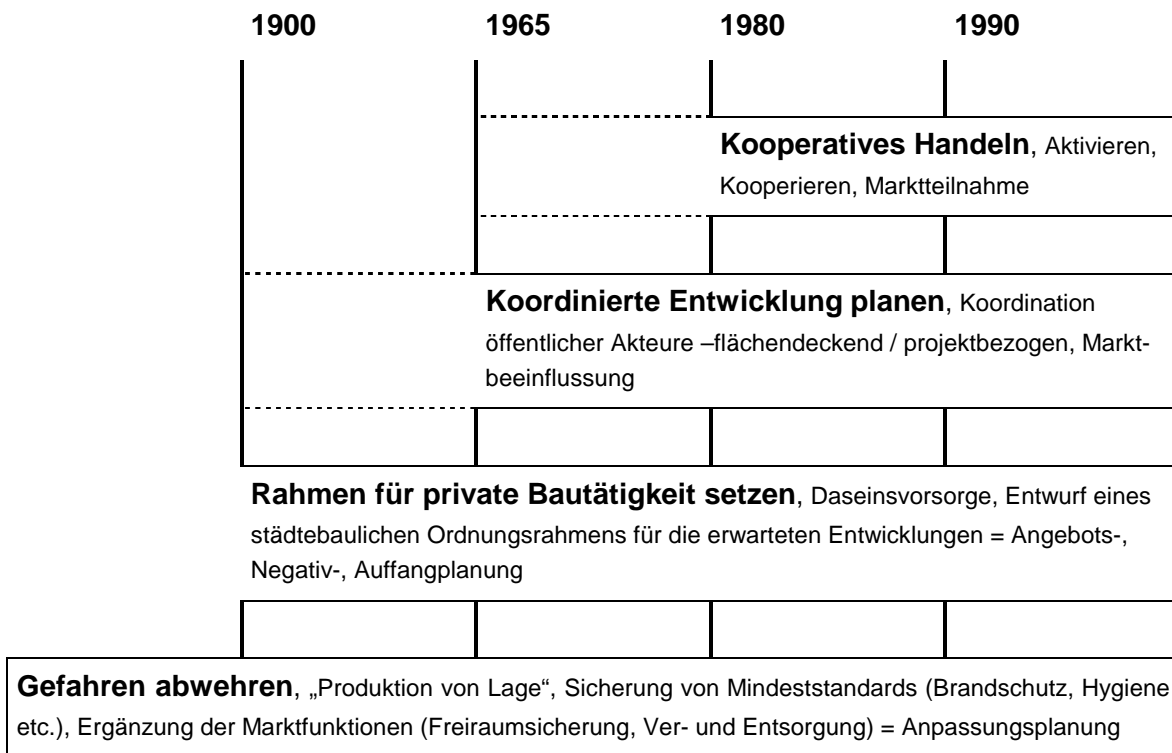
Dieser Entwicklungspfad hätte die umfassendsten Veränderungen zur Folge. Bisher angewendete Verfahren und Vorgehensweisen werden völlig abgelöst durch die diskursiven und kooperativen Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse und -projekte. Mit diesem Weg sind umfangreiche Diskussions- und Entscheidungsprozesse bis hin zu Gesetzesänderungen verbunden. Wird die Diskussion nur im wissenschaftlichen Kontext geführt und erfolgt die Umsetzung durch Akteure in informellen Netzwerken, so entsteht zusätzlich ein Legitimationsproblem, das die Wirkungs- und Umsetzungspotentiale nachhaltiger Ziele und Instrumente einschränkt. Angesichts dieser zukünftigen, noch nicht feststehenden Wirkungen und Folgen wird dieser Pfad hier nicht weiter thematisiert.

- **„Das Alte wird ergänzt und optimiert durch das Neue“**

Dieser Entwicklungspfad wurde u. a. während der IBA im Ruhrgebiet erfolgreich angewandt. Das vorhandene, traditionelle Instrumentarium der Bauleitplanung usw. wurde genutzt und mit neuen Methoden und Instrumenten verknüpft und angereichert. Mit einer Organisation außerhalb der herkömmlichen administrativen Planungshierarchie wurden die bestehenden kommunalen und regionalen Entscheidungsstrukturen und Akteure motiviert und aus der „Lethargie“ herausgetrieben. Die dabei angewandten Instrumente (Leitbilder, Leitprojekte) waren in ihren Zielen zu Beginn der Laufzeit noch sehr unbestimmt (Sack 1999, 24ff.; Schmid 1994, 28ff.).

Die „Ausformulierung“ und Umsetzung bleibt im wesentlichen den herkömmlichen Instrumenten vorbehalten. Es existiert also ein Nebeneinander von bestehenden hierarchischen Systemen, Plänen und Programmen und neuen diskursiven, kooperierenden Formen (vgl. Selle 1995, 240; Wiechmann 1998, 277f.).

Abb. 1: Schichtenmodell der Planungsphasen in Deutschland



Quelle: verändert nach Selle (1995, 240).

3.2 Folgen für Prozesse und Projekte nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung

Der dritte Entwicklungspfad hat vielfältige Einflüsse auf das neue Instrumentarium:

- Wettbewerb wird ein zentrales Prinzip bei der Anwendung der neuen Instrumente sein.
- Die Dauer und Fristigkeit von Maßnahmen, Projekten und Planungen muss neu überdacht werden.
- Transsektoralität wird zur inhaltlichen und organisatorischen Kernperspektive einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung.
- Zielgruppen und Zielbereiche müssen neu zugeschnitten werden. Hierbei spielen Agenda-21 Prozesse eine wichtige Rolle.
- Die Projekte bedürfen eines qualitativ ausgerichteten Kontroll- und Wirkungsanalyseinstrumentariums.
- Grundsätze und Ziele einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung werden nicht normativ vorgegeben, sondern von den Akteuren flexibel formuliert und gehandhabt. Darin liegt ihr Wirkungs- und Umsetzungspotenzial.

3.2.1 Wettbewerb zwischen Konzeptionen und Instrumenten

Die Integration von öffentlichen Verwaltungsebenen oder anderen Einrichtungen als Teilnehmer in Wettbewerbsverfahren ist eine neue Erfahrung, die sicherlich nicht in allen Bereichen zu den gleichen Wirkungen und Erfolgen führt, wie sie im Augenblick zu beobachten sind (z. B. im Wettbewerb „Regionen der Zukunft“).

Am Ende eines Wettbewerbes steht immer ein Gewinn, ein Preis oder eine Auszeichnung. Dies muss auch ein Gewinn für die öffentliche Verwaltungsebene oder für andere Akteure sein. In Zukunft wird die Aussicht auf einen Marketingeffekt für Kommunen oder Kreise (bzw. Regionen) nicht mehr Motivation genug sein, an solchen neuen Instrumenten zu partizipieren oder sie zu nutzen. Mittlerweile nutzt eine ganze Anzahl von Akteuren die Marketingeffekte für die verschiedensten Zwecke. Diese Prozesse sind nicht mehr an Fragen der Raum- und Siedlungsentwicklung allein gebunden; neue Ziele und Konzeptionen ordnen sich nicht mehr umfassend in den Kontext nachhaltiger Entwicklung ein.

Die Funktion von Wettbewerben zur Ideenfindung und als Innovationswerkstatt wird besonders erfolgsversprechend in den Bereichen sein, in denen Akteure im Alltag gelernt haben, mit Wettbewerb und Konkurrenz „umzugehen“.

3.2.2 Dauer von Prozessen und Projekten

Die Projektbeispiele des Handbuchs (BBR 2000, Teil B), aber auch die Erfahrungen der IBA zeigen, dass die Prozesse nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung langfristig bzw. unbefristet angelegt sind. Es können daher nur begrenzt Aussagen darüber gemacht werden, wie sich die Projekte über einen längerfristigen Zeitraum unter den gegebenen Förderungsbedingungen entwickeln.

Dies steht im Gegensatz zu dem bisher zu beobachtenden Trend zur Verkürzung der Förderlaufzeiten. Bisher wird die Lösung darin gesucht, nur den Anschlag für Projekte zu finanzieren. Später sollen sie sich selbst tragen (degressiver Ansatz). In der Konsequenz droht den Projekten dabei praktisch die Gefahr des „Auslaufens“, wie sie in Kap. 1.1 bereits geschildert wurde: Die Themen- und Handlungsfelder werden durch die Fristen der bestehenden Förderungsmöglichkeiten bestimmt.

Diese Tendenz entspricht nicht den Projekten mit dem Anspruch an eine nachhaltige Zielsetzung. Sie sind in der Regel mit einer langfristigen Entwicklungsperspektive verbunden und können sich in ihrem Ablauf nicht an den herkömmlichen Haushalts- und Förderrhythmen orientieren.

3.2.3 Neue Zielgruppen

In den Projekten und Prozessen einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung kann es nicht nur um die Befriedigung einzelner sozialer oder ökonomischer Zieldimensionen wie z. B. von Standortansprüchen gehen. Die Zielgruppen und –bereiche müssen umfassender formuliert werden. Sollen die Konzepte nachhaltig wirken, so muss zugleich ein qualitativer Anspruch an die Maßnahmen gestellt werden. Das Ziel einer Reduzierung des Flächen- bzw. Bodenverbrauchs für Siedlungszwecke oder des Verkehrsaufkommens des motorisierten Individualverkehrs durch die Planung von höheren Siedlungsdichten oder Road-Pricing bzw. Stellplatzbewirtschaftung betrifft nur spezielle Zielgruppen.

Gerade die ökonomisch ausgerichteten Prozesse und Projekte (u.a. Tourismus und Landwirtschaft, Energieerzeugung u. a.) haben den Blick für umfassendere Zielgruppen und deren Wünsche und Ansprüche (Gesundheit, Qualität, Beschäftigung, Erhalt der Kulturlandschaft) geschärft. Die mit den sozialen Zieldimensionen verbundenen Gruppen lassen sich dabei eher mit dem Begriff der „Lebensqualität“ fassen (Baumheier 1997, 79). Dahinter verbirgt sich eine konsequentere Orientierung der Projekte und Prozesse an der Arbeits- und Lebenswelt der „Kunden“ oder „Betroffenen“ und nicht alleine an den unmittelbar beteiligten Akteuren.

In allen Projekten und Prozessen der „neuen Praxis“ besteht die Gefahr, dass die in traditionellen Organisationsstrukturen etablierten Akteure und Akteursgruppen auch die neuen Kooperationsformen dominieren. Hier können offene Agenda-21 Prozesse eine wichtige Rolle übernehmen, neue umfassendere Akteurs- und Zielgruppen für die Instrumente zu erschließen (Adam 1999; Gutschank 1997, 182).

3.2.4 Kontroll- und Wirkungsanalyse

Trotz der Vielzahl und Vielschichtigkeit spezifischer Ansätze und Handlungsfelder sollen sich die Ziele, Konzepte und Instrumente nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung operationalisieren lassen und ihre Übertragbarkeit gesichert werden. Die Transferfähigkeit ermöglicht es, dass andere Akteure in anderen räumlichen Bezugsebenen und Kontextbedingungen v. a. die Instrumente nutzen können. Bei der Übertragung sind die qualitativen Prozesselemente und Projektbausteine hervorzuheben, da sich die quantitativen Elemente von Ort zu Ort bzw. Region zu Region unterschiedlich darstellen. Die Mehrzahl der Konzepte und Projekte nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung funktionieren auf einer qualitativen Basis von Strategien und Zielvorgaben (z. B. BFLR 1997b,c). Erst an zweiter Stelle steht die Operationalisierung ihrer quantitativen Aspekte.

Bei der Umsetzung der Kontroll- und Wirkungsmessung kommt es entscheidend auf die *Mischung* von qualitativen und quantitativen Instrumenten an. Sie setzen sich i. d. R. aus verschiedenen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Methoden zusammen, da ein Verfahren allein selten die erforderliche inhaltlich-thematische Reichweite besitzt (vor dem Hintergrund der Prozess- und Projektziele). Die eingesetzten Kontroll- und Wirkungsanalyseinstrumente müssen die Mischung der in dem Prozess oder Projekt gewählten qualitativen und quantitativen Elemente widerspiegeln. Ein qualitativer Anspruch kann nur unzureichend anhand eines Grenzwertes gemessen werden, und die „Überstülpung“ desselben mit einer Indikatorenmatrix ist in der Praxis wenig erfolgversprechend. Die Forschungsergebnisse des Handbuchs „Gute Beispiele einer nachhaltigen regionalen Raum- und Siedlungsentwicklung“ (BBR 2000) zeigen, dass in der Bewertung der Projekte qualitative Begriffe wie gute Organisationspraxis, Beteiligungspraxis, Kooperationspraxis und Wirkungspraxis überwiegen und kein Projekt mit einem (ausschließlich) quantifizierten Zielsystem bzw. Ansatz antritt.

3.2.5 Konfliktsteuerung / -management

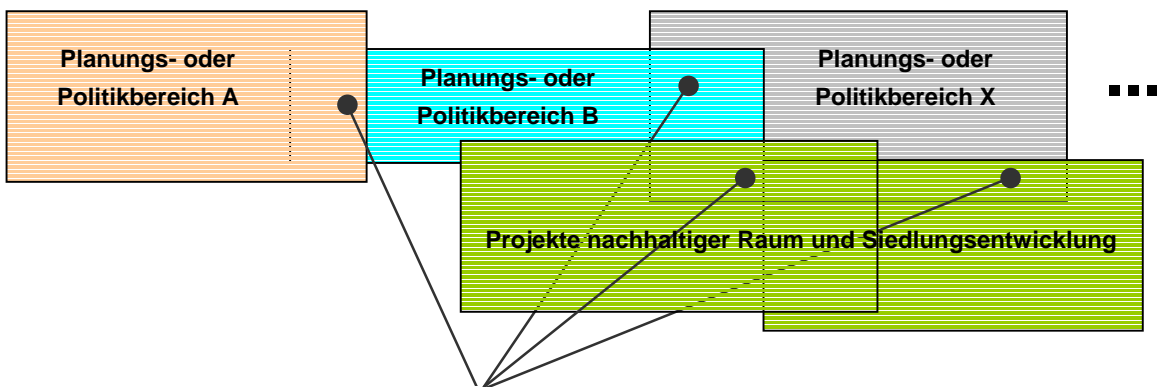
Den Steuerungsproblemen und dem Verlust der Steuerungsfähigkeit herkömmlicher Planungsinstrumente durch die bestehenden, flexiblen Raumabgrenzungen soll mit dem Einsatz neuer Instrumente begegnet werden. Sie dürfen allerdings nicht als Allheilmittel missverstanden werden.

Die Kernaufgabe, der sich diese neuen Instrumente zuwenden, wird auch in Zukunft *der Ausgleich und das Management von Raumnutzungskonflikten* einer nachhaltigen Zielorientierung und -ausrichtung sein. Dies wird weiterhin im Mittelpunkt einer wirklich nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung stehen und notwendigerweise andere Ziele, z. B. die Aufgaben, Leitvorstellungen und Grundsätze der Raumordnung nach §§ 1 und 2 Raumordnungsgesetz (ROG) oder der entsprechenden Landesgesetze prozessual „überschatten“.

Die Vielschichtigkeit und Komplexität regionaler Problemstellungen und Entwicklungsfragen zieht auch eine Vielfältigkeit der damit verbundenen Managementmethoden und -

instrumente nach sich. In dieser Vielfalt drohen die Zielsetzungen und Entscheidungswege in eine Unverbindlichkeit abzugleiten. Um dies zu vermeiden, bedarf es einer klaren Bestimmung und Fixierung von inhaltlichen Zielen und Organisationsaspekten in den Prozessen und Projekten nachhaltiger Regionalentwicklung. Dieser Zielrahmen ist zukünftige Aufgabe der formalisierten Raum- und Stadtplanung zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Sie kann für ein erfolgreiches Management von Prozessen und Projekten die notwendigen inhaltlichen Schnittmengen und organisatorischen Schnittstellen für die involvierten Planungs- und Politikbereiche und den damit verbundenen Akteursgruppen benennen und aktivieren.

Abb. 2: Aufgaben der Raum- und Stadtplanung in Prozessen und Projekten nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung



Bestimmung der inhaltlichen Schnittmengen (Kooperationsergebnisse / -produkte) und organisatorischen Schnittstellen (Koordinierungsbedarfe) =
 Aufgabe der Raum- und Stadtplanung in Prozessen und Projekten nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung

3.3 Wirkungen und Folgen für wichtige traditionelle Planungs- und Politikbereiche

Zum Abschluss der Betrachtungen „Regionale Good Practices – Q.U.E.R.“ werden die Konsequenzen und Wirkungen auf drei zentrale traditionelle Planungs- und Politikbereiche im Forschungsfeld des BBR diskutiert:

- Regionalplanung
- Fachplanung
- Regionalpolitik.

3.3.1 Regionalplanung

Gegenüber der Regionalplanung werden die stärksten Ansprüche einer Neuorientierung geltend gemacht. Dies begründet sich in der Bedeutung, die der regionalen Ebene bei der Lösung von Nachhaltigkeitsfragen zugeschrieben wird. In der Regionalplanung sollten Kooperationsmodelle (soziale Zieldimension) implementiert werden mit dem Ziel, eine Angebotsplanung (ökonomische Zieldimension) mit der ökologischen Zieldimension zu verknüpfen und umzusetzen.

Beobachtbar ist die Abnahme der Steuerungsfähigkeit von Raumnutzungskonflikten durch starre Plansysteme und Vorsorge-, Abwehr- und Schutzkonzepte in einem eindeutig konstruierten Administrativraum. Es müssen stärker Vorgehensweisen mit offenem Charakter (Entwicklung von Leitbildern etc.) verfolgt werden. Hierbei können Regionale Agenda-21 Prozesse eine zentrale Stellung einnehmen. Sie können stärker auf einen langfristigen Prozess ausgerichtet werden als dies bei den solitären Veranstaltungen wie Regionalkonferenzen der Fall ist. Von verschiedenen Seiten wird auch die Forderung erhoben, dass sich die Regionalplanung zum Regionalmanagement wandeln sollte (u. a. Mühl, 1996; Wiechmann 1998).

Voraussetzung für diese Veränderungen ist jedoch eine „nachhaltige“ Lockerung der rechtlichen Bindungswirkung der landes- und regionalplanerischen Leitvorstellungen, Grundsätze und Ziele.

Eine Lockerung führt jedoch nicht automatisch zur stärkeren Durchsetzung der Zieldimensionen der Nachhaltigkeit. Es bedarf Stufen der „Qualitätssicherung“ mit Hilfe von Kontrollinstrumenten u. ä. Regionsumfassende Umweltverträglichkeitsprüfungen und Auditierungsverfahren sind hier nur erste Ansatzpunkte. Der Qualitätsanspruch darf nicht nur an die staatlichen bzw. kommunalen Akteure gestellt werden. Er muss sich auch auf die beteiligten privaten Akteure erstrecken.

Die Rahmenbedingungen für den regionalen Entwicklungsprozess werden nicht mehr ausschließlich hierarchisch-funktional vorgegeben. Sie entwickeln sich zunehmend aus der Auseinandersetzung der regionalen Akteure und ihrer Netzwerke mit den Vorgaben (in Regionalkonferenzen, Städtenetzen und Stadt-Umland-Kooperationen).

Darüber hinaus muss nach räumlichen Flexibilisierungspotenzialen gesucht werden: Die Bedeutung von neuen, flexibel anzuwendenden Abgrenzungen von Regionen wird steigen. Die Region muss in Zukunft stärker an thematischen Handlungsbedarfen orientiert abgegrenzt werden. Dies wird Konsequenzen nicht nur für die herkömmlichen Planungssysteme haben. Auch die neuen Instrumente müssen sich diesen flexiblen Regionszuschnitten immer wieder neu anpassen können: Netzwerke, die sich etablieren und „formalisieren“, können schon morgen nicht mehr die spezifischen Themenbereiche adäquat abbilden (Mäding 1999, 8f.). Wichtig ist jedoch, dass die neuen Akteure die gleiche Identifikationsleistung erbringen wie die bisherigen regionalen Akteure. Damit werden die Wirkungen von Netzwerken nicht mehr alleine an der Frage gemessen, ob mit der neuen Art von Regionalplanung eine stärkere Fördermittelkompetenz und -ausstattung verbunden ist.

3.3.2 Fachplanungen

In die Verfahren der verschiedenen sektoralen Fachplanungen müssen stärker Instrumente des Interessenmanagements (soziale Zieldimension) integriert werden mit dem Ziel, effizienteren Einsatz öffentlicher Budgets (ökonomische Zieldimension) umweltorientierter (ökologische Zieldimension) Planungsergebnisse zu erreichen.

Die Fachplanung muss sich insbesondere dem Legitimationsproblem von Entscheidungen auf informellen Ebenen des Konfliktmanagements stellen. In den traditionellen Instrumenten und in der hohen Bedeutung der Planfeststellung haben die Verfahren eine bündelnde Wirkung für die planerischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen des später zu realisierenden Vorhabens. Hier müsste den neuen Instrumenten eine erweiterte Kompetenz zugestanden werden. Ansonsten verbleiben die diskursiven und kooperativen Elemente lediglich auf der Stufe eines vorgezogenen Konfliktmanagements und Klärungsprozesses.

Eine Abnahme der Bedeutung und Stellung der Fachplanung und eine stärkere Integration ihrer Aufgaben in eine räumlich-integrative Planung (Mehwald 1995, 29) ist nicht klar erkennbar. Diesem Wandel müsste eine neue, rechtliche Standortbestimmung und Einfügung der einzelnen Fachplanungen in integrierende Planungsebenen vorausgehen. Die neuen Instrumente bieten die Chance einer stärkeren Einbindung der Fachplanungen in die räumliche Planung. Solange diese neuen Instrumente aber ein Legitimationsproblem haben, können sich die Vertreter und Träger der Fachplanungen aus den diskursiven und kooperativen Entscheidungsformen zurückziehen.

3.3.3 Regionalpolitik

In den verschiedenen Förderungsverfahren der Regional- und Strukturpolitik besitzen die neuen Instrumente die Aufgabe der Etablierung und Entwicklung von Märkten (ökonomische Zieldimension) und die Sicherung von Unternehmen⁶ und Arbeitsplätzen (soziale Zieldimension). Die Aufgabe muss jedoch einen perspektivischen und zukunftsgerichteten innovativen Charakter beibehalten, auf den die Förderkriterien abgestimmt werden müssen.

Projekte zum Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe entstehen häufig vor dem Hintergrund negativer Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels sowie sektoraler und räumlicher Konzentrationsprozesse. Die ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen dieser Entwicklungsprozesse sollen möglichst begrenzt bzw. kompensiert werden. Die neuen Instrumente müssen hierbei eine Orientierung an Kundenwünschen und Markterfordernissen erbringen. Eine Einigung über die Rahmenbedingungen und die Schaffung einer gemeinsamen Basis durch diskursive Instrumente sind zwar notwendige Voraussetzungen, allein aber nicht hinreichend für den Erfolg.

Mit den neuen Instrumenten sind „Rahmenbedingungen“ für den regionalen Entwicklungsprozess nicht mehr vorgegeben, sie entwickeln sich aus der Auseinandersetzung der regionalen Akteure und ihrer Netzwerke mit den Vorgaben.

Auch die bisherige Praxis der Kriteriendefinition für Fördertatbestände (vgl. Nischwitz 1999) muss sich bei einer zunehmenden Flexibilität in der thematischen Abgrenzung der Region neu ausrichten. Die bisherigen, administrativen Regionen der Struktur- und Regionalpolitik werden zu Produktions-, Produkt- und Marktregionen. Sie unterscheiden sich u. U. in ihren räumlichen Abgrenzungen deutlich von den bisherigen räumlichen Förderkategorien. Eine engere Verbindung von Planung und Regionalpolitik ist wichtig, um die Wirkung von eingesetzten öffentlichen Mitteln in der Projektumsetzung zu erhöhen. Diese Bündelungswirkung kann aber vor Ort in den einzelnen Projekten nicht von einzelnen Vereinen, sog. nichtstaatlichen Organisationen usw. geleistet werden. Ein sinnvoller, integrierter „Überbau“ von regionalpolitischen und -planerischen Körperschaften – z. B. in Form von Beiräten oder Kuratorien –, die gemeinschaftlich die Projekte vorantreiben, erscheint sinnvoll.

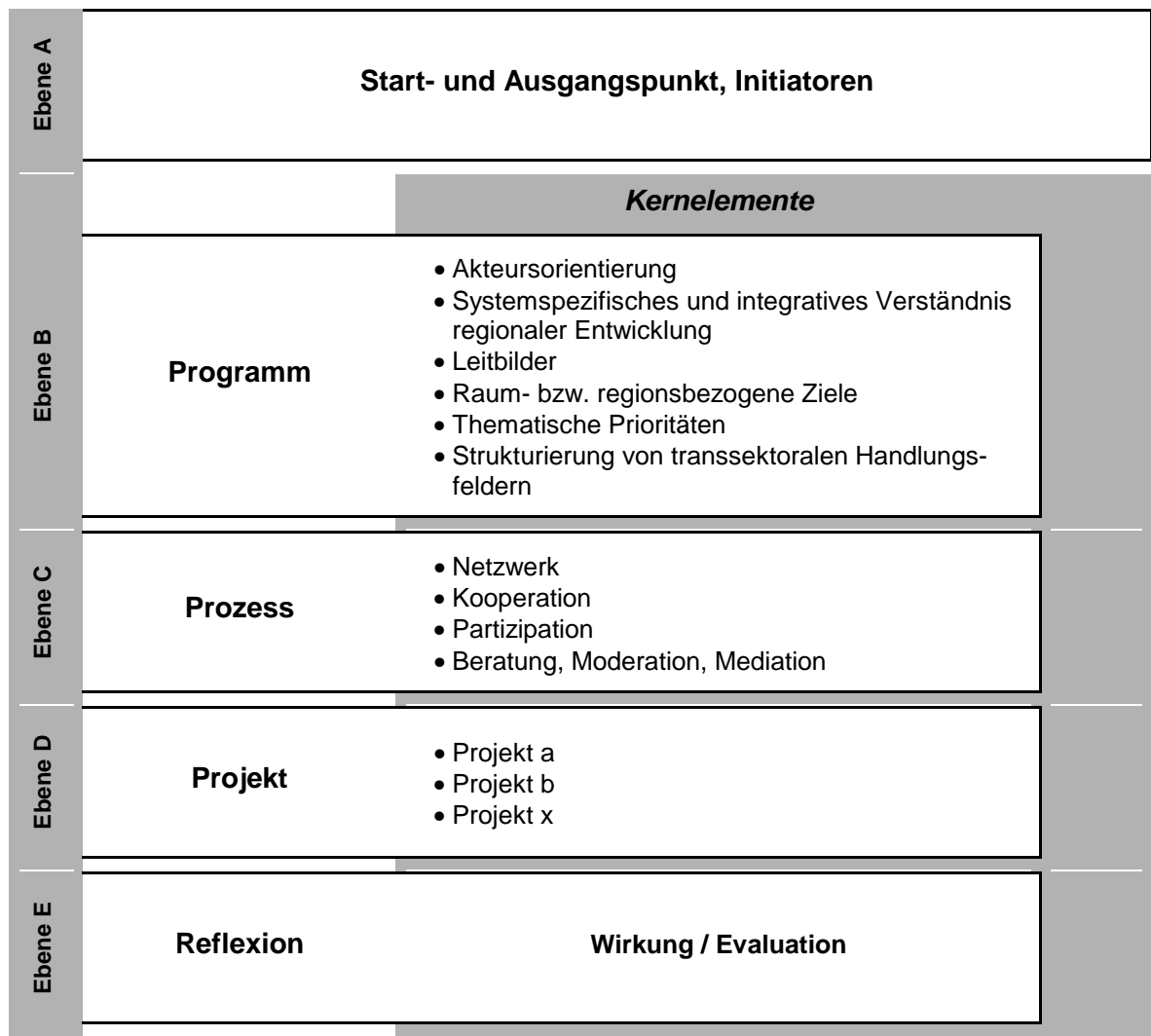
⁶ Hierbei stehen die Sicherung und Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen im Mittelpunkt beim Aufbau regionaler Wirtschafts- und Stoffkreisläufe.

3.4 Anmerkungen für das BBR

Die Querschnittsorientierung der Themenfelder nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung und die Loslösung von sektoralen Grenzen werden in Zukunft zunehmen. Dies wird sich auch stärker auf die Tätigkeitsbereiche ausdehnen. Mit der Initiierung und Bildung von Steuerungsgruppen zu transsektoralen Projekten und Forschungsvorhaben werden eine Reihe der oben genannten Punkte aufgegriffen und bereits umgesetzt. Dieses Überschreiten der sektoralen Grenzen entspricht einem Grundprinzip von Nachhaltigkeit. Damit richten sich die verschiedenen wissenschaftlichen Fragekomplexe stärker an ihren Zielbereichen, den Prozessen und Projekten einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung aus.

Es wird in Zukunft immer weniger ein in sich geschlossenes, einzelnes Planungs- und Umsetzungssystem einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung geben, das das BBR weiterentwickeln und propagieren könnte. Eine Reaktion darauf kann jedoch nicht die ausschließliche Behandlung und Erforschung „Guter Beispiele“ sein. Durch die starke Konzentration auf Beispiele und Projekte entsteht keine langfristige Strategie, die zur nachhaltigen Lösung von Raumnutzungskonflikten befähigt. Es müssen vornehmlich Projekte weitergetragen werden, die Bereiche mit einem hohen Integrationspotenzial abdecken und somit hohen TransfERNutzen bereitstellen. Es gibt bereits heute erkennbar Ansätze von „erfolgreichen Prinzipien“ einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung auf der regionalen Ebene. Diese erfolgreichen Prinzipien sind die prozessualen Elemente, durch die sich Nachhaltigkeit in dem hier in Rede stehenden Zusammenhang operationalisieren und in andere Regionen erfolgreich transferieren lässt.

Abb. 3: Ebenen und Kernelemente nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung



Quelle: verändert nach Molitor (1999, 67).

In der zukünftigen Ausrichtung von Forschungsfragen und Politikberatung müssen die o. g. Ebenen in der Raum- und Siedlungsplanung berücksichtigt und miteinander verknüpft werden. Insbesondere die Sicherstellung einer Bindungswirkung der Ebene „Programm“ für die anderen Ebenen muss als herausragendes Tätigkeitsfeld nachhaltiger Raum- und Siedlungsentwicklung angesehen werden. Darüber hinaus müssen die instrumentell-organisatorischen Schnittstellen in den Prozessen und Projekten identifiziert werden. Dabei muss die Diskussion und Bewertung von Zielkonflikten in der Raum- und Siedlungsentwicklung auf europäischer und nationaler Ebene eine Transferleistung für die regionale und örtliche Raumebene erbringen.

Das BBR kann in Fragestellungen einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung auf europäischer und nationaler Ebene seine bisherige Vorreiterrolle weiterentwickeln und sichern. Wege hierzu sind die Unterstützung der Implementierung und die Gestaltung von Modellvorhaben in der Verwaltung o. g. Planungs- und Politikbereiche. Hierzu

ist die Einrichtung und Betreuung von neuen Institutionen in Beispielregionen ein wichtiges Instrument, das die Aufgaben der Verbreitung und Propagierung zukunftsfähiger Lösungen von Planungs- und Politikfragen gewährleisten kann.

Die Flexibilisierungspotentiale innerhalb der neuen transsektoralen Zuschnitte müssen zukünftig ihren Niederschlag in Forschungs- und Förderungsprogrammen finden. Dies umfasst die Überprüfung der Kompatibilität der Planungs- und Politikbereiche untereinander und der Potenziale ihres Zusammenwirkens. Die Raum- und Siedlungsplanung sollte damit ein stärker holistisches Raumverständnis verfolgen und propagieren.

4 Literatur und verwendete Quellen

Aufsätze / Monographien

- AbL, Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (1997) (Hrsg.): Leitfaden zur Regionalentwicklung. Rheda-Wiedenbrück.
- Adam, B. (1995): Mehr als Interessensmanagement. Zur Rolle alternativer Entscheidungsverfahren in der räumlichen Planung. In: RaumPlanung Nr. 71, Dezember 1995, S. 243-245.
- (1999): Regionen der Zukunft. In: RaumPlanung Nr. 85, Juni 1999, S. 150-152.
- Alpenforschungsinstitut gGmbH (1998) (Hrsg.): Dauerhaft umweltgerechte Entwicklung im Alpenraum.
- Baumheier, R. (1997): Auf dem Weg zu einer Region – das Regionale Entwicklungskonzept der Gemeinsamen Landesplanung Bremen / Niedersachsen. In: K. Mensing u. a. 1997, Hrsg., S. 75-87.
- BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (1998a) (Hrsg.): Internationale Modellbeispiele Habitat II. Dokumentation und Auswertung. Bonn = Werkstatt Praxis Nr. 2/1998.
- (1998b) (Hrsg.): Gute Beispiele aus dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau I. Bonn = Werkstatt Praxis Nr. 4/1998.
- (1999) (Hrsg.): Arbeitshilfen für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung in den Regionen der Zukunft. In: Informationen zur Raumentwicklung 1999. Bonn.
- (2000) (Hrsg.): Gute Beispiele einer nachhaltigen regionalen Raum- und Siedlungsentwicklung“. In: Schriftenreihe Werkstatt: Praxis Nr. 1/2000. Bonn. Bonn.
- Bergmann, E. / B. Adam (1998): „Regionen der Zukunft“. Regionale Agenden im Wettbewerb. In: Ökologisches Wirtschaften, Ausgabe 5 / 1998, S. 16-17.
- BFLR, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (1996) (Hrsg.): Städtetnetze. Vernetzungspotentiale und Vernetzungskonzepte. Bonn = Materialien zur Raumentwicklung, Heft 76.
- (1997a) (Hrsg.): Positionspapier zum Forschungsfeld „Städte der Zukunft“ Arbeitspapier 1 / 1997. Bonn.
- (1997b): Strategiekatalog zum Forschungsfeld „Städte der Zukunft“ Arbeitspapier 1 / 1997. Bonn
- (1997c) (Hrsg.): ExWoSt-Informationen Forschungsfeld „Städte der Zukunft“ Nr. 22.2. Bonn.12/1997
- BMBau, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1993) (Hrsg.): Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen. Bonn.
- (1995) (Hrsg.): Raumordnungspolitische Handlungsrahmen. Bonn 5/1995.
- (1996a) (Hrsg.): Siedlungsentwicklung und Siedlungspolitik. Nationalbericht Deutschland zur Konferenz HABITAT II. Bonn 2/1996.
- (1996b) (Hrsg.): Nationaler Aktionsplan zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung. Deutsches Nationalkomitee HABITAT II. Bonn 3/1996.
- (1996c) (Hrsg.): Raumordnung in Deutschland. Bonn 3/1996.
- (1996d) (Hrsg.): Verstädterungsprozeß und Nachhaltigkeit. Herausforderung für Politik und Gesellschaft. Wissenschaftler beziehen Stellung. Bonn 8/1996.
- (1997a) (Hrsg.) Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über menschliche Siedlungen im Juni 1996 in Istanbul . Abschlußdokumente HABITAT II. Bonn 2/1997.
- (1997b) (Hrsg.) Nachhaltige Baupolitik zwischen Ökonomie und Ökologie. Tagungsband. Bonn 11/1997.
- BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1997). Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung. Bonn.
- Böhm, H. R. / J. Hilligardt (1999): Regionale Ausrichtung Lokaler Agenda 21-Prozesse. In:

- Umwelt - kommunale - ökologische Briefe. Nr. 04 / 17.02.1999, S. 9-10.
- Born, M. (1997): Indikatoren zur Nachhaltigen Entwicklung. Konzepte, Prinzipien, Kriterien. Bremen = econtur Positionen 1.
- Brandel R. (1995): Verwaltung und kooperative Planungsprozesse. In: RaumPlanung Nr. 71, Dezember 1995, S. 253-256.
- CAF / Agenda-Tansfer (o. J.): Lokale Agenda 21. Anregungen zum Handeln. Beispiele aus der Praxis. Bonn.
- Danielzyk, R. u. a. (1998) (Hrsg.): Von der eigenständigen zur nachhaltigen Regionalentwicklung. Bremen = econtur Positionen 5.
- Deutscher Bundestag (1997) (Hrsg.): Konzept Nachhaltigkeit. Fundamente für die Gesellschaft von morgen. Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung“. Bonn = Zur Sache 1/97.
- (1998) (Hrsg.): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung“. Bonn = Zur Sache 4/98.
- Diefenbacher, H. u.a. (1997): Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich. Ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren. Heidelberg = Texte und Materialien der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft. Reihe A, Nr. 42.
- Fiebig, T. (1998): Anforderungen an das Monitoring von Prozessen Nachhaltiger Regionalentwicklung. In: Ökologisches Wirtschaften, Ausgabe 5 / 1998, S. 25-26.
- Finke, L. (1994): Ökologische Implikationen aktueller raumordnungspolitischer Ziele, Leitbilder und Strategien. In: Informationen zur Raumentwicklung, 7/8.1994, S. 503-512.
- Franck. K. (1998): Wie entsteht eine „Regionale Agenda“? Pilotprojekt im Oberbergischen Kreis. In: Ökologisches Wirtschaften, Ausgabe 5 / 1998, S. 22-23.
- Fürst, D. (1999) (Hrsg.): Umsetzbarkeit der Nachhaltigkeitsanforderungen in der Region. Hannover = Materialien zur regionalen Entwicklung Heft Nr. 4.
- Gatzweiler, H.-P. (1992): Neue Aufgaben für die Raumordnungspolitik in Deutschland. In: Geographische Rundschau, 44.Jg., H. 3 / 1992. S. 136-138.
- Gerlach, J. / Hoppenstedt, A. (1999): Die Strategische Umweltprüfung wird kommen. In: Straßenverkehrstechnik, 4 / 99; S. 165-170.
- Gutschank., A. (1997): Arbeiten im Park. Eine Perspektive zur strukturellen und planungskulturellen Erneuerung der Emscher-Region? In: RaumPlanung Nr. 78, September 1997, S. 179-187.
- Grosser, G. / J. Hoffmeister (1995): Erfolgsbedingungen für Mediationsverfahren. In: RaumPlanung Nr. 71, Dezember 1995, S. 275-277.
- ILS, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (1997) (Hrsg.): Nachhaltige Regionalentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Dortmund = ILS Schriften 129.
- IÖW, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (1999a): Zwischenbericht Projekt „Good Practices einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung“. Wuppertal 2/1999.
- (1999b): Regionale Agenda 21 im Oberbergischen Kreis. (Schriftenreihe des IÖW, Nr. 144). Berlin.
- (1999c): Handbuch „Regionale Good Practices einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung. Wuppertal 8/1999.
- (2000): Regionales Entwicklungskonzept für die Region Flensburg/Schleswig. (= Schriftenreihe des IÖW, Nr. 145). Berlin.
- IRS; Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (1993) (Hrsg.): Nachhaltig ... Zukunftsfähig ... Dauerhaft. „Sustainable Development“ als Leitbegriff in der Regionalentwicklung. Erkner = Graue Reihe, Materialien des IRS Nr. 2.
- (1997) (Hrsg.): Grundzüge einer nachhaltigen Siedlungsstruktur- und Stadtentwicklung in den neuen Ländern. Erkner = Graue Reihe, Materialien des IRS Nr. 13.

- Kallmayer, H. (1999): Siedlungsmodelle. Neue Wege zum preiswerten, ökologischen und sozialen Wohnen in Bayern. In: Bundesbaublatt, Heft 1 / 1999, S. 35-39.
- Kanning, H. (1998): Innovative Methoden für eine „nachhaltige“ Regionalplanung. Stärken und Schwächen von Ökobilanzen. In: UVP-Report 1/98, S.40-43.
- Kräfft, R. (1995): Die Postmoderne und kooperative Planung. In: RaumPlanung Nr. 71, Dezember 1995, S. 249-252.
- Kreibich, R. (1994): Arbeiten im Park und ökologisch-ökonomische Infrastrukturentwicklung. In: SRL 1994, Hrsg., S.22-28.
- Kriener, W. / M. Hoogerbrugge (1999): Euregio - Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung. In: RaumPlanung Nr. 84, März 1999, S. 17-23.
- Kühn, M. / T. Moss (1998) (Hrsg.): Planungskultur und Nachhaltigkeit. Neue Steuerungsmodelle für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Berlin.
- Libbe, J. (1999): Wenn $x = p/q^2$. Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung. In: Umwelt - kommunale - ökologische Briefe. Nr. 14-15 / 14.07.1999, S. 21.
- Lucas, R. (1998): Innovationsaufgabe Nachhaltige Regionalentwicklung. In: Ökologisches Wirtschaften, Ausgabe 5 / 1998, S. 10-11.
- Mäding, H. (1999): Perspektiven für ein Europa der Regionen. In: STANDORT - Zeitschrift für angewandte Geographie, 23. Jg., H. 1/1999, S. 5-11.
- Majer, H. (1997): Umsetzung von regionalem Wirtschaften. Ergebnisbericht des Expertenshops „Regionale Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens“ des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Stuttgart.
- Mehwald, L. (1995): Neue Schritte in der Raumordnungspolitik von Bund und Ländern. Der Raumordnungspolitische Handlungsrahmen. In: STANDORT - Zeitschrift für angewandte Geographie, 19. Jg., H. 3/1995, S. 25-30.
- Mensing, K. / A. Thaler (1997) (Hrsg.): Stadt, Umland, Region. Entwicklungsdynamik und Handlungsstrategien: Hamburg, Bremen, Hannover. Berlin
- Meyer, J. (1997): Die zukunftsfähige Stadt. Nachhaltige Entwicklung in Stadt und Land. Düsseldorf.
- Molitor, R. (1997): Planung für eine nachhaltige Region. In: NUA (Hrsg.): Entflechtung. Recklinghausen.= Veröffentlichungen der NUA.
- (1998): Typen, Ebenen und Elemente Nachhaltiger Regionalentwicklung. In: Ökologisches Wirtschaften, Ausgabe, 5 / 1998, S. 12-13.
- (1999): Nachhaltige Regionalentwicklung. Von der regulativen Idee der Nachhaltigkeit zur regionalen Umsetzung ´vor Ort´. Dissertation am Fachbereich Geowissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.
- (2000): Sustainable Referees? Experiences with the monitoring of aregional agenda 21 process. In: Making sustainable regional development visible – Evaluation methods and indicators in the regional context (ENSURE, Sustain Hrsg.) S. 13-15.
- Momm, A. u.a. (1995) (Hrsg.): Regionalisierte Entwicklungsstrategien. Beispiele und Perspektiven integrierter Regionalentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Bonn = Materialien zur Angewandten Geographie, Bd. 30.
- Mühl, G. (1996): Auf dem Weg zu einer ökologisch- und umsetzungsorientierten Regionalplanung? In: STANDORT- Zeitschrift für angewandte Geographie, 20. Jg., H. 1/1996, S. 29-33.
- MURL, Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landesplanung (1993) (Hrsg): Ökologische Stadt der Zukunft. Konzepte und Maßnahmen der Modellstädte. Düsseldorf.
- (1994) (Hrsg): Ökologische Stadt der Zukunft. Zwischenbericht 1994 zum Modellprojekt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- (1998) (Hrsg): Ökologische Stadt der Zukunft. Zwischenbericht 1997/98 zum Modellprojekt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

- Nischwitz, G. (1998): Chancen und Grenzen der nachhaltigen Regionalisierung von Landwirtschaft und Ernährung. In: Ökologisches Wirtschaften, Ausgabe 5 / 1998, S. 20-22.
- (1999): Fördernde und hemmende Faktoren für regionale Produktion und Vermarktung. Untersuchung rechtlicher Rahmenbedingungen. (Hrsg. NABU / DVL). Bonn.
- (2000): Chancen und Grenzen regionaler Wirtschaftskreisläufe. In: Deutsche Bundesstiftung Umwelt (Hrsg.): „Umwelt im Dialog - Neue Wege zu Nachhaltigen Konsumverhalten“. S. 199-213. Berlin.
- Nischwitz, G. / Zerweck, D. (2000): Regionale Agenda 21 im Bergischen Land. Regionale Strategien für eine nachhaltige Entwicklung? In: Mose, I. / Weixlbauer, N. (Hrsg.): Region mit Zukunft? Nachhaltige Regionalentwicklung als Leitbild ländlicher Räume. (= Materialien Umweltwissenschaften Vechta, H. 8). S. 42-55. Vechta.
- Pintarits, S. (1996): Macht, Demokratie und Regionen in Europa - Analysen und Szenarien der Integration und Desintegration. Marburg = Beiträge zur Sozioökonomie, Bd.3.
- ROG, Raumordnungsgesetz vom 18.08.1997 (BGBl. I, S.2081).
- Schmid, A. S. (1994): Zielvorstellungen und Aufgaben der Internationalen Bauausstellung Emscher Park. In: SRL 1994, Hrsg., S.18-22.
- Schnell, K.-D. / M. Walser (1995): Räumliche Leitbilder. In: RaumPlanung Nr. 71, Dezember 1995, S. 267-271.
- Selle, K. (1995): Phasen oder Stufen? Fortgeschrittene Anmerkungen zum Wandel des Planungsverständnisses. In: RaumPlanung Nr. 71, Dezember 1995, S. 237-242.
- Sinning H. (1995): Prozeßmanagement. Für eine kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung. In: RaumPlanung Nr. 71, Dezember 1995, S. 262-266.
- SRL, Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplanung e. V. (1994) (Hrsg.): Rückblicke - Ausblicke. Ideenwerkstatt zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park. Bochum = SRL-Schriftenreihe Nr. 30.
- Stachowitz, J. (1995): Kooperative Planungsverfahren. Die Aufgabe und Rolle einer Moderatorin. In: RaumPlanung Nr. 68, März 1995, S. 35-40.
- Stadt Münster (1997) (Hrsg.): Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung - von Rio über Istanbul zur lokalen Agenda -. Münster = Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung, Stadtplanung Heft Nr. 2 / 97.
- (1999): Öffentliche Beschlussvorlage an den Rat: Lokale Agenda 21 in Münster.
- Stellungnahmen (1996): Stellungnahmen der Sachverständigen zum Fragenkatalog der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ - Kommunen und nachhaltige Entwicklung. Kommissionsdrucksache 13 / 3 a. Bonn.
- Stiens, G. (1992): Regionale Entwicklungspotentiale und Entwicklungsperspektiven. In: Geographische Rundschau, 44.Jg., H. 3 / 1992. S. 139-142.
- Sweeney, G. (1998): Sustainable Regional Development: Communities and Policy. In: Ökologisches Wirtschaften, Ausgabe 5 / 1998, S. 14-15.
- Tönnies, G. / D. Scholich (1994): Tendenzen der räumlichen Forschung und Planung in der Bundesrepublik Deutschland. In: ARL – Forschungsperspektiven, 3/94, S. 9-25.
- Ufermann, K. (1999): Zukunftsfähige Städte. Umweltbilanzen für Kommunen. In: Umwelt - kommunale - ökologische Briefe. Nr. 08 / 14.04.1999, S. 7.
- Vaterstetten (1999) (Hrsg.): Nachhaltigkeitsbericht. Vaterstetten auf dem Weg der nachhaltigen Gemeindeentwicklung. Vaterstetten.
- Wiechmann, T. (1998): Vom Plan zum Diskurs? Anforderungsprofil, Aufgabenspektrum und Organisation regionaler Planung in Deutschland. Baden-Baden = Nomos Universitätsschriften Politik Bd. 89.

Weitere Artikel in Fachzeitschriften und Zeitungen

Pressedienste Lippe (1999): Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung Agenda 21 - Prozeß in Lippe gewinnt an Dynamik. Aktuelle Pressedienste des Kreises Lippe, <http://www.lippe.de/presse> vom 20.01.1999.

taz ruhr (1998): „Selbst nach 10 Jahren IBA ist das Revier für viele Künstler immer noch zweite Wahl“. Interview mit V. Wilke, Vorstands-

mitglied der Initiative „IBA von unten“. taz ruhr online vom 29.10.1998.

Internet-Nachweise und -Quellen

BBR (1999): www.bbr.bund.de

IBA Finale (1999): www.iba.nrw.de

OWL (1998): www.bezreg-Detmold.nrw.de/re-gagend

Regionen der Zukunft (1999):
www.zukunftsregionen.de